

# Vossische



# Zeitung

10 Pfennig

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Mit Kurszettel

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise, samt Beilagen, Erscheinungsweise u. m. werden im Kopf der Morgen-Ausgabe angeführt

Verlag: Ullstein, Oberdrahter: Carl Bernhard Varnau, Redakteur (m. Ausw.) Handeltaler: Georg M. Berlin, Unverl. Manuskripte werden nur zurückgeschickt, wenn Porto beiliegt.

Schriftleitung: Berlin SW 68, Reichstraße 22-26

Fernsprech-Zentrale Ullstein A. Am Dönhofs 5600-3963, für den Fernverkehr Am Dönhofs 3686-3688, Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus, Berlin. Postscheckkonto Berlin 600

## Hilfe für erwerbslose Angeestellte

### Appell des Reichswirtschaftsrates

Der Reichswirtschaftsrat hat nachstehenden Aufruf an die Arbeitgeber und Arbeitnehmer veröffentlicht:

1. Allen älteren erwerbslosen ausgeübten Angestellten, insbesondere den über 40 Jahre alten mit eigenem Hausstand, eine sofortige einmalige Unterstützung von mindestens 100 RM. zu gewähren.
2. Den gleichen Betrag allen älteren erwerbslosen Angestellten zu gewähren, insbesondere den über 40 Jahre alten mit eigenem Hausstand, die der Erwerbslosenfürsorge nicht unterliegen.
3. Bei der Festsetzung des Betrages den Familienstand und die Dauer der Erwerbslosigkeit zu berücksichtigen.
4. Die erforderlichen Beträge durch das Reich aufzubringen.
5. Die Dauer der Erwerbslosenfürsorge für die älteren Angestellten bis auf 60 Wochen zu erhöhen.

Ferner empfiehlt der Arbeitsausschuß des volk. Reichswirtschaftsrats, durch die Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände aus vorhandenen Fonds Mittel für solche ältere Angestellte aufzubringen zu lassen, die auch durch die gesetzlich zulässige Verlängerung der Unterhaltungsdauer nicht in den Bezug von Erwerbslosenfürsorge gelangen können, sowie geeignete Arbeitsbeschäftigung für solche Angestellte bereitstellen zu lassen. Die Beschüsse des Gesetzgebungs-Ausschusses sind der Reichsregierung sofort übermittelbar.

### Weihnachtshilfe für Beamte

#### Ein demokratischer Schritt

Der Vorleser der demokratischen Reichsgesetzgebung Abgeordneter Koch, Metzler, und sein Fraktionsfreund Schulz-Steglich haben an den Reichstagesrat und Generaldirektor der Reichsbahnverwaltung das Schreiben gerichtet, benannten Beamten, in der höheren Gehaltsgruppen über Gruppe VI, die sich in Zahlung befinden, auf Antrag eine Unterstützung oder wenigstens das Genarrangeamt, noch vor Weihnachten auszusprechen.

## Stumm, taub, blind

Stellen ohne Presse.

Der faktische Gehörgang gegen die unabhängige Presse Italiens ist stetig bedenklich. Im Norden liegt, was noch in den letzten Monaten einen Rest von Meinungsfreiheit zu wahren liebte. Am Rande Musolinis gibt es jetzt nur noch Zeitungen, die den Gehörgang der Gewalt freigegeben haben. Ein Stumm, taub, blind, eine Störung der Grundlagen seiner Macht, ein Sprungbrett für die weltpolitischen Pläne, die Musolini als künftiger „Imperator“ erst jetzt wieder angebetet hat?

Im Rom pflegt man auf das Beispiel Mussolini hinzuweisen. Das zeigt, daß auch anderwärts die Zeitung bedenklich im Gehörgang der Gewalt die falsche Seite aufgefunden. Sollten die Volksmengen im Jahre 1917 genügt, was sie heute wissen, und hätten sie in den Jahren des Bürgerkriegs Zeit und Kraft zur ruhigen Überlegung besessen, war wohl, ob sie dann bei unerschütterlichen Fesseln gemerkt hätten, durch Unterdrückung der freien Meinungsäußerung den Gewerkschaften ferngehalten, der zu einem gefunden künftigen Leben gehört. Immerhin, was Ausland sich leisten kann, genügt auf eine neue gesellschaftliche Gliederung und durch die Entwertung zur Zeitung gewinnend und befähigt, das bedeutet für einen Mann, das aus erhalte mit der ibrigen Welt verbunden ist, Selbstverwirklichung und Gerechtigkeit.

Italien ohne freie Presse ist gleichsam stumm, taub und blind.

Stumm, taub, blind. Die faktische Presse mag noch so laut schreien, das Echo draußen in der Welt wird ausbleiben, weil niemand mehr zu unterbreiten, was die falsche Seite aufgefunden. Während der schlimmsten Zeit der Kriegsjahre gab es immer noch die Möglichkeit, zwischen den Stellen zu schreiben und zu lesen. Eine Presse aber, die unkontrolliert den unkontrollierbaren Einwirkungen legitimer und illegitimer Gewaltbehälter ausgeliefert ist, hat keinerlei Wert für die Allgemeinheit. Damit fällt der wichtigste Maßstab zur Beurteilung der inneren Verhältnisse eines Landes weg, und der Wertigkeit von Berichten, die tausendmal schlimmer und gefährlicher sind als die Wahrheit, ist nur ein Vorzeichen. Man wird es missbilligen, wenn über die Gültigkeit der Zensur übertriebene und ungenau Nachrichten verbreitet werden, und man wird mit allem Ernst den Quellen solcher Gerüchte nachgehen müssen, gerade im Interesse der betroffenen Länder. Aber auch der reibenden Verhältnisse, falsches und zweifelhafte auszusprechen, wird die ausländische Presse immer wieder freigelassen, solange die Macht-haber Italiens nicht die Vernichtung der freien Presse jenseits ihrer Grenzen aufrechtstellen, das seine Freiheit aufkommen läßt. Die Folgen für die weltwirtschaftliche Entwicklung für das internationale Ansehen des Landes, für die Ansehensfrage, die es auf fremde Länder ausübt, sind schließlich unübersehbar. Man mag in Rom heute noch glauben, das Weltrecht gegen die Freiheit der Presse zu verstoßen, was aber die Welt der Stumm, taub, blind, die Gewalt über den Geist davon trägt, allzu teuer erkauft ist.

Taub. Die unabhängige Presse ist das Organ, das zur Kenntnis bringt, was draußen in der Welt vorgeht. Sie ist das Ohr, das aufhängt und vermittelt, was ein Volk weiß, was man redet, aber zu finden und Gefährlich zu vermeiden. Was wird Italien in Zukunft erfahren von der Weltmeinung gegenüber dem Faschismus, nachdem die Faschisten dieses Ohr zerstört haben? Einen Anhaltspunkt gibt die Zensur Musolinis in der Kammer, die bestanden hat, das Aussehen der unabhängigen Presse, die „benzene“. Das italienische Volk hat in seiner jahrhundertelangen Geschichte Erfahrungen in Sachen der Gewaltbehälter gesammelt, die es einmüde immer immort machen gegen die Erneuerung eines Mittelalters-Regimes. Aber die Wahrheit steht nicht mehr über der Gewalt, unterliegen, die in der Zensur jeder Kritik liegt. Sie werden, ähnlich wie die militärischen Soldaten sich an ihrer Unfähigkeit berufen.

Blind. Die Verblendung, die durch die Unterbreitung des Wahnsinns erzeugt wird, wird sich schnell zeigen müssen. Eine Forderung, die in dem Schreiben einer freien Presse liegt, wird der Erhaltung des Regimes, das in der Zensur des Faschismus in den Provinzen sich unauflöslich vollzieht. Was werden die Selbstherrlicher von Cremona und Ancona, von Verona und Bologna noch fürchten, welche Schranken ihrer Willkür gegen sie, wer wird es wagen, sich über die Verdrängung zu beschweren, wer wird die über den obersten Machthaber in Rom erreichen? Und wer bringt Musolini, das seine Anordnungen wirklich befolgt werden, wie erklärt der Imperator, was im Volk vorgeht? Welche Wirkung wird diese Verblendung im Volk erzeugen? Was wird der allmächtige Gebieter nicht zum Erlaßener seiner Zensur, die ihn wie eine Puppe am Draht von Gerechtigkeit und Mitleidation hin und her ziehen?

Die Fabel berichtet von dem Stollen, der sich verwickelt unter die bunte Berge in den Wäldern mischt, um zu sehen und zu hören. Er wird mitleidig im Volk erzeugt. Der Stollen, der allmächtige Gebieter nicht zum Erlaßener seiner Zensur, die ihn wie eine Puppe am Draht von Gerechtigkeit und Mitleidation hin und her ziehen, daß sie die freie Presse und

## Flucht aus dem Zuchthaus

### Der Varietékünstler als Ausbrecher

Aus dem Zuchthaus in Brandenburg sind gestern zwei Straftäter entwichen. Die Flucht erfolgte unter Umständen, die höchst abenteuerlich waren.

Die Strafanstalt in Brandenburg gehört nicht zu den modernsten Gefängnissen, und es ist gerade in der letzten Zeit wiederholt vorgekommen, daß Gefangene von dort entflohen sind. Gestern nachmittag ereignete in der Schneiderwerkstatt zwei gefährliche Verbrecher, die wegen schweren Einbruchsdiebstahls lange Zuchthausstrafe zu verbüßen haben, der Varietékünstler Gustav Wolf und aus Regensburg und der Schneider Paul F. In der Nacht zum Sonntag, Sonntag, ein nicht unbekannter Straftäter, hatte den Spitznamen „der Flieger“. Es herrschte bitter Kälte, und unter Ausnutzung des trüben Tages unternahm die beiden in der Zeit zwischen 11 Uhr und 12 Uhr ihre Flucht. Sie begaben sich aus dem Zuchthaus in die im dritten Stockwerk gelegene Zelle. Aus dem einen Fenster zwängten sie sich auf das Fensterbrett, legten einen Haken auf den Spannungsbalken einer Bogenlampe und richteten genäht auf das Dach ab. Von dort aus ließen sie sich an einem Seil, das sie heimlich in der Schneiderwerkstatt hergestellt hatten, in den Garten hinunter und entkamen nach

der Seite des Brandenburger „Tieregartens“, des Humboldthafen. Während ihrer waghalsigen Flucht, bei der die beiden Straftäter die Leben aus Spiel setzten, war der Südtürmer im Hof gerade beim Befähigen, die Brotwagen abzurufen und konnte nicht die Flucht beobachten.

Nach zehn Minuten war die Flucht entbehrt worden, und der Direktor der Strafanstalt ließ sofort das Dach absteigen, da man zunächst das Seil nicht gefunden hatte, an dem die Verbrecher sich hängengelassen hatten. Auch die Schutzpolizei, die das Gefängnis umgeben besaßen, waren benachrichtigt worden. Als nun die Beamten der Strafanstalt die Dächer absuchten, glaubten die Schutzpolizei, daß sich auf dem Dach die beiden Entpflungen befänden und gaben sich Verloren. Verloren, als die Flucht erweislich wurde jedoch nicht mehr zu erkennen.

Die Gefängnisbeamten suchten und winkten, und die Schutzpolizei hatten sofort das Feuer ein. Der Direktor der Strafanstalt alarmierte telegraphisch sämtliche in Betracht kommenden Stationen, um die Entpflungen abzuholen zu werden. Man nimmt an, daß die beiden sich in ihre Heimat begeben haben. Es ist nicht ausgeschlossen, daß die Verbrecher mit der Ausweisung Verbindung gehabt haben, und daß sie kurz nach ihrer Flucht Zivilkleid erhalten haben.

Die Beamten der Strafanstalt trifft an dem Vorfall keine Schuld, da das Gefängnis unfehlbar gebaut ist und, wie erwähnt, keineswegs der modernen Gefängnis entspricht.

Berücksichtigung eines Londoner Blattes, die Manifeste unter japanischen Anstand zu stellen, ist unmöglich, weil dadurch der gegenwärtig Japanes Widerstand hinsichtlich Chinas gewicht würde.

## Abd el Krim: „Friede sei mit Euch!“

Radikaldienst der „Vossischen Zeitung“

in Paris, 22. Dezember  
Der Friedensunterhändler Abd el Krim, Hauptmann Gorbunoff, ist gestern in Marokko eingetroffen und wird voraussichtlich heute in Paris ankommen. Ein offizieller Empfang durch französische Regierungskreise erscheint ausgeschlossen, da dadurch die Anerkennung des Emirats als offiziellen Unterhändler und des Abgleiches als selbständigen Elementes erfolgen würde. Immerhin aber erklärt man, daß „gehörliche Wege zur Friedensregelung, um die Mittelung Abd el Krim den offiziellen Stellen zur Kenntnis zu bringen.“ Ein Sonderbeauftragter des „Matin“ konnte gestern in Marokko das Beglaubigungsschreiben Abd el Krim einlesen, das folgenden Wortlaut hat:

Amrein bei Alger.  
Dem Namen Gottes Ehre, Lob und Dank. Ihr sollt wissen, daß wir von Gottes Gnaden den Lieberbringer empfangen, für uns die Friedensbedingungen in Empfang zu nehmen, die Frankreich und Spanien im Jahr angeboten haben und die als Folge für die Friedensverhandlungen dienen können. Wir sind die Friedensbedingungen Kenntnis nehmen, sie prüfen, sie annehmen oder verworfen können. Friede sei mit Euch!  
Mohamed Ben Abd el Krim Atabati.

## Der Kampf um Tientsin

Radikaldienst der „Vossischen Zeitung“

E. v. S. Peking, 22. Dezember  
Feng-Du-Hiangs Angriff auf Tientsin ist wieder abgeklungen. Die überaus großen Räte, die angeblich in Nordchina herrscht, macht jede große Kampfbildung vorläufig unmöglich. Außerdem macht sich bei hohen Parteien große Besorgnis geltend, die durch den Mangel an Geld und Material noch verstärkt wird. Eine Verhandlungsbasis ist jedoch noch nicht gefunden, da Feng-Du-Hiang die Abtötung des Generalgouverneurs von Tientsin fordert.

wach New York, 22. Dezember

In Tientsin hielten Spanner und andere Ausländer eine Massenversammlung ab, in der die Entstehung von mehr Schutztruppen nach dort verlangt wurde, weil die Ausländer gefährdet seien. Das Exilierter Auswärtige Amt antwortete, daß Verstärkungen nur auf Verlangen des Kommandos stattfinden würden. Eine in Wulden abgeteilte Massenversammlung von Japanern resultierte an das Auswärtige Amt in Tokio, Japan möge hitzige Neutralität beobachten, weil von der konzentrierten Neutralhaltung der japanischen Streitkräfte viel abhängt. Der japanische Gesandte in Tokio übergab der Presse eine Erklärung, welche besagte, daß das Auswärtige Amt der antijapanischen Bewegung in China auf die japanische Expedition nach der Wunderverschuldung zu führen sei, was Japan nicht befehlen den Wunderverschuldung empfinden sollte. Das Auswärtige Amt in Tokio erklärt den

namt Augen und Ohren ist fliegend. Und das fällt der Arbeit leichter Schluss sein? Es gehört meine Probenarbeit dazu, um ihn jetzt zu sagen, daß die italienische Frage, die heute am Boden liegt, den Fascismus, der heute sprödeten ist, umzulassen, ist zu erlösen und zu tun. Und vielleicht wird die Freiheit selbst der erste Schritt, der erlaubt, daß die Entscheidung der freien Meinungsäußerung gleichzeitig die Grundfragen jeder modernen Regierung zerlegt.  
J. E.

# Frankreichs Sanierungskampf

Rechtsdienster der „Vossischen Zeitung“  
Paris, 22. Dezember  
Der Minister, der heute vormittig 10 Uhr im Einklang zusammentritt, wird sich erneut mit dem Sanierungsplan des Finanzministers Doumer beschäftigen. Doumer selbst meinte ich entschieden, der Frage irgend welche Mitteilungen über seine Pläne zu machen. Er beabsichtigt sich lediglich darauf, zu erklären, daß voraussichtlich sich im heutigen Ministerrat die Besprechungen seiner Sanierungspläne nicht beendet werden können, und er rückt sofort einen Vortrag über die Erhebung der Promontorensteuern zu halten habe.

In der Zwischenzeit arbeitet die Steuerkommission des Senatsarbeit, in der Feststellung des Sanierungsplanes der Einkünfte. Es verläuft, daß dieser Plan in ein oder zwei Tagen fertiggestellt sein wird. Eine grundsätzliche Einigung über die Organisation der Einkommenssteuer ist in der gestrigen Sitzung erreicht worden.

Auch innerhalb der Industrieriege haben die Verhandlungen an. Die dem Finanzminister vorbereitenden schriftliche Niedersetzungen des Industrieunterstützung ist die zur Stunde noch nicht überreicht worden. „Aber vom Herrn Doumer“ werden heute die beiden großen französischen Industrieverbände ein gemeinsames Manifest an die Deputierten verfassen, worin erklärt werden soll, daß das Angebot der nordfranzösischen Industrie, „selbst erklärt, die Unterhaltung der gesamten französischen Produktion zu finden,“ daß aber das Angebot nicht als Grundlage und Ausgangspunkt, sondern als Stütze der Finanzsanierung, die in der Staatskasse eine Aufgabe der Regierung ist und sein muß, angesehen werden kann.

Die Sozialisten haben den Vorstoß der Industrie sehr geteilt ausgenommen, indem sie über alles das Kommen ein Wort zu unterbreiten haben, die die Regierung aufzufordern, auf eine festem Wege das Angebot der Industriellen auf „alle Inhaber des französischen Vermögens“ auszuweichen. Der Entwurf hat folgenden Wortlaut: „Die Kammer, die Kenntnis genommen hat von dem Angebot einer Gruppe französischer Industrieller, die beabsichtigt, mit ihren Werken und ihrem Vermögen die finanziellen Operationen für das Konto des Staats und die Rettung des Handels zu übernehmen und alle Zinsen und Amortisationszahlungen zu tragen, ohne eine andere Kompensation als eine rechtmäßige Befreiung von dem neuen Steuerzahlen, die die Regierung von dem Satze zu verlangen beabsichtigt und ohne alle anderen Bedingungen, als daß sie ihre Steuern in eine autonome Amortisationskasse zahlen kann, fordert die Regierung auf, so schnell als möglich und dem besten Vor teil zu formulieren Angebot anzunehmen und sich von denselben zu dem Zweck die Hilfe leisten zu lassen, um durch ein solches blasse unzufriedene und viele Steuern von anderen Zinsen des französischen Vermögens zu verlangen und sie unter Kontrolle einer autonomen Amortisationskasse zu stellen, in welcher, um jeden Verstoß der Verschleuderung zu vermeiden, die hauptsächlichsten Organisationen der französischen Produktion, der Handel und des Sparwesens vertreten sein sollen.“

# Sozialdemokratischer Sieg in Saloniki

Rechtsdienster der „Vossischen Zeitung“  
In Saloniki, 21. Dezember  
Bei den gestrigen Wahlen in Saloniki, denen besondere politische Bedeutung zukommt, die der erste Abgeordnetenausschuss bei der Regierung autorisiert, das Generalis Banjos beschlossen, erhielt der sozialdemokratische Kandidat Petritsis 8229 Stimmen, doppelt so viel, als es bei den jüngsten Gemeinderatswahlen erhalten hätte. Diese waren für ungenügend erklärt worden, da man Petritsis die Mittelste mit den Kommunisten beschuldigte. Der Regierungskandidat Angelakis erhielt nur 4916 Stimmen, während es der sozialdemokratische Kandidat mit nur 907 Stimmen über die 45 000 Wähler haben für die Wahlprüfung entfallen, was die Regierung zu dem Entschluß gebracht haben soll, die Wahlprüfung einzufügen. Petritsis wurde zum Bürgermeister von Saloniki gewählt.

# Baldwins Kroll-Mehrheit

Rechtsdienster der „Vossischen Zeitung“  
In Brüssel, 22. Dezember  
Das Abstimmungsergebnis über den Antrag der Regierung im Unterhaus auf Billigung des Krollversuches ergab zum Inhalt 203, abweisend 4 Stimmen.

# Friedensdenkmal in Locarno

Rechtsdienster der „Vossischen Zeitung“  
In Locarno, 22. Dezember  
Der Gemeinderat von Locarno hat die Vorstufe, die Initiative zur Errichtung eines Friedensdenkmals in Locarno angenommen, das die Erinnerung an die Konferenz von Locarno zum Ausdruck bringen soll. Das Denkmal soll aus Marmor oder Kalkstein sein und 50 Meter hoch sein. Es soll, wie vorgeschrieben, mit einer dreizehnligen Krone an die Gliedstaaten der verstorbenen Verträge von Locarno hängen.

# Gespräch mit

# Ägyptens konstitutionelle Revolution

Sonderbericht für die „Vossische Zeitung“  
\* Kairo, Anfang Dezember

Ich mache mich auf, am Tagul Pascha zu sprechen. Es fällt mir ein, sein Heim als Privathaus anzusprechen. Wie es zur Zeit meines Wintersaufenthaltes dort zugeht, und über die Arbeiten des Hofes, wenn ich mich noch dem Hof anschließen kann, die seine Wohnung jetzt in politisch verhältnismäßig ruhiger Zeit liebt, in drei Zimmern arbeiten darf, oder, fünf Räume; kommen, gehen Delegationen, Journalisten, arabische Schreiber, aus der Bücherei des Hofes, Techniker, Lehrer, Gymnasialisten, Politiker, Soldaten ...

Tagul hält fort. Er empfangt nicht gerne, vielleicht nicht einmal heute fünfzehn seiner Besucher lässt er vor. Er ist alt — gegen 75 Jahre —, er ist klug genug, es zu wissen, daß er alt ist, und er ist feine, sich selbst zu schätzen, aber er ist milde, aber er erachtet, daß die Besucher lassen ihre Namen aufschreiben und ihre Wünsche an God Pascha und gehen wieder fort. Sie sind doch bei ihm gewesen ...

\* Ein kleiner, magerer, freundlicher Herr mit weißem Schurbart, schmaler Nase, klug blickenden Augen und angenehmen, intelligenten Händen ... der Held Ägyptens. Der alte Herr eingebildet ist; er ist in Schloß, ein Dauerfächer auf dem linken Schenkel, und er ist ein wenig leicht und eigentlich empfangt er keine Besuche. Aber mit will er doch auf meine Fragen antworten.

Ich frage — und aus dem lächelnden, freundlichen, alten Herrn wird sofort ein anderer Mensch: er ist feierlich, er ist ruhig wie ein Stein, aber er ist feine, sich selbst zu schätzen, aber er ist milde, aber er erachtet, daß die Besucher lassen ihre Namen aufschreiben und ihre Wünsche an God Pascha und gehen wieder fort. Sie sind doch bei ihm gewesen ...

Frage: Warum hat die Opposition das Parlament einberufen, und warum erst jetzt?  
Antwort: Tagul Pascha: Weil das Parlament zu dem Zweck der Bestimmungen der Verfassung existiert, haben sie zu einberufen. Die Auffassung der Kammer durch das Dekret vom 23. März 1925 war nicht verfassungsgemäß, da sie aus den gleichen Gründen erfolgte wie die erste Auffassung, was formal durch Artikel 88 der Konstitution verboten ist. Lieberlies hat ein Dekret, das bald durch die Verfassung in seiner Anwendung inkompetent und folgerichtig die Wahlung des Senats der Wahlen sowie der Einberufung der neuen Kammer aufgehoben. Die Bestimmungen der Satzung des Senats und die Bestimmungen des Dekrets sind von nun an für die Gültigkeit des Dekrets der Auffassung der Kammer inkompetent Artikel 89 der Verfassung.

Gleichfalls sprach man durch die Tatsache, daß der 21. November herankommt, aber daß das Parlament einberufen werden wird, eine neue Verfassung, daß das Parlament de officio zusammentritt, auch für den Fall, daß es nicht vom König einberufen würde. Deswegen traten wir erst an diesem Tag zusammen, um festzustellen, aber daß das Dekret nicht allein infolge dieser Tatsache der Dinge nicht hingewomen (Kam.) zu ergreifen ist, wie es ihnen zuvor ...

# Grundvermögenssteuer beschloßen

in Wege der Revisorordnung  
Der Schändige Ausschuss des Preussischen Landtages beschloß heute im Eintrakt mit der von der Regierung vorgelegten Revisorordnung zur Änderung des Grundvermögenssteuergesetzes. Wie berichtet, war am Freitag bei der namentlichen Beschlußfassung über das Gesetz Beschlüsse im Namen des Hauses eingeleitet, da ein Teil der Mitglieder seine Karte abgeben wollten. Die Regierung hat sich bei der Revisorordnung der Revisorordnung für die Regelung durch Revisorordnung für gegeben. Die Deutschen für den Eintritt in die materielle Beratung die Erklärung ab, daß nach ihrer Ansicht ein Vorhand nicht notwendig. Die Steuer ist erst am 22. Januar fällig. Wenn der Landtag am 12. Januar wieder zusammentritt, ist jetzt genug, den Gegenstand in Wege des Gesetzes zu regeln.

Finanzminister Dr. Springer-Koch erwiderte, daß die Steuer am 12. Januar fällig sei, und daß, wenn die Regelung erst nach Wiederzusammenkunft des Landtages erfolge, die notwendige Zeit für die Vorbereitungen mangelte. Außerdem entfällt vom 1. Januar 1926 an die Grundsteuer für die Gebäude. In der Beratung erklärte sich die Deutsche Volkspartei, während die Deutschnationalen vorher den Fall verlassen hatten, gegen die Beschloße der dritten Sitzung, die gegenüber der zweiten Sitzung eine Verschlechterung bedeuten, und somit gegen die Revisorordnung.

Darauf wurde die Revisorordnung ohne weitere Beratung nach dem Beschloße der Einzelsitzung der dritten Sitzung, an denen die Revisorordnung eine Änderung nicht vorgenommen hatte, angenommen.  
\* König Will ist gibt Hofbesuch  
König Wilfried ist, der nach dem Abschluß der Verhandlung des Königs Will von Besodus besichtigt worden ist. Der König hat Besodus verlassen und sich nach Wien begibt. In Wien ist er ein paar Tage in der Revisorordnung. Der König wird im nächsten Monat nach Wien kommen, wo er sich für einige Tage aufhalten wird. Der König hat sich in Wien entschieden, wo er sich für einige Tage aufhalten wird. Der König hat sich in Wien entschieden, wo er sich für einige Tage aufhalten wird. Der König hat sich in Wien entschieden, wo er sich für einige Tage aufhalten wird.

# Tagul Pascha

Pascha (siehe hier), sondern es hat in der Presse mit in Verbindung ernstlich begonnen produziert. Es ist nicht, daß das Volk nicht mit einem Verstande geschickt hat — die Ursache dafür ist aber, daß die Regierung die Auflösung des Parlamentes amitteln oder dem Parlamenten selbst verweigert hat, die sie in die Kammer kommen ließ. Der Gewalt wieder Gewalt entgegenzusetzen, hätte Unterliegen bedeutet, das zu vermeiden die Mäßigkeit ist. Reinesfaß aber kann man sagen, das Land habe die Verletzung der Verfassung deshalb begangen, weil es nicht Will ausgesetzt hat. Der alte Herr die Verletzung der Verfassung wurde ebenfalls nicht durch irgend eine Handlung des Einzelnen fahrlässig geschickt verurteilt; weder explizite noch implizite noch konventionelle Zustimmung kann sie gesetzlich machen, das parlamentarische Regime ein unüberwindlicher Bestandteil der Verfassung des Landes ist.

Die Regierung hat die Reformation des Landes westwärts seit eines Jahres (insgesamt); es gebührt daher dem Vorstand, das Wohlgefallen ändern zu wollen. Diesen Vorstand ist gegenwärtig nicht im Stande, das Land zu verlassen. Das Wohlgefallen wurde nämlich vom Parlament beschloßen, um König konstituiert zu werden, bis es Kraft genug, um sich selbst anzuwenden werden. Der Minister meinte sich, es darzulegen und will es „mobilisieren“ — um an die Veränderung eines Gesetzes Aufgabe der legislativen Gewalt und nicht der exekutiven. Die Legislative aber ist das Parlament und nicht das Ministerium.

Ich fahre somit zusammen: in all diesen Belangen hat die Regierung verfassungswidrig gehandelt. Die Auflösung der Kammer war verfassungswidrig, die Auflösung der Verhandlungen war verfassungswidrig, schließlich die Einberufung des Wohlgefallens ohne. Durch diese Handlung hat die Regierung das Land ihrer Verletzung während eines Jahres mitten im Frieden benutzt und es dem Land eines verfassungswidrigen Regimes unterworfen, während sie dabei immer behauptet, daß es gesetzlich vorgehen ist.

Frage: Was halten Sie, Excellenz, für die Ursache, daß die Regierung dieses neue Wohlgefallen, an dem sie arbeitet, noch nicht veröffentlicht hat?  
Antwort: Das Ministerium hat richtig gehandelt, daß es ein verfassungswidriges Gesetz nicht in Kraft setzt. Falls die Erklärung King Pascha nicht gemacht sein sollte, möge er die richtige Verfassung mitteilen.

Frage: Warum hat Ihrer Meinung nach die Regierung, obwohl sie angeordnet hätte, daß sie in jedem Orte die Tagung des aufgelösten Parlamentes verhindern werde, dies nicht in jedem Ort gemacht — also an einem jener beliebigen Orte — zugelassen?  
Antwort: Die Tagung Pascha nicht gemacht sein sollte, möge er die richtige Verfassung mitteilen.

Frage: Warum hat Ihre Partei an den Wahlen auch nicht teilnehmen, Excellenz, wenn die Regierung das neue Wohlgefallen erlassen wird?  
Antwort: Bei betrachten dieses Wohlgefallen als verfassungswidrig — was unter Kritik antritt, kann ich zur Stunde noch nichts über sie sagen.

Frage: Welche Lösung der bestehenden Krise halten Sie für die maßgebendste?  
Antwort: Es gibt nur eine einzige Lösung — das bereits erwähnte Parlament arbeiten zu lassen. Jedes die Zukunft zu sprechen, bin ich vielleicht am allerwenigsten bedarft.

Die Erklärungen des Hugen Tagul, die er mit niedrigen geschloßen hatte, waren in sich selbst und hartnäckig wie nur gewöhnlich, aber was die jungen Menschen in seiner Umgebung betrachtete, die Studenten und Scholastik, die sein Parteigänger waren, empfand ich es klarer wie im Gespräch mit dem Pascha selbst:

Die ägyptische Revolution ist im Kommen. Sie wartet nur auf das Signal Taguls, und Tagul wartet auf seine Stunde.  
W. v. Weiel

# Anlageantrag gegen Schwelha

Drahmelbung  
\* Prag, 22. Dezember (W. v. W.)  
Die gefasste deutsche, slowakische und lommunistische Deputation in Erlau von 140 Mann hat im Abgeordnetenhaus einen Anlageantrag gegen den Ministerpräsidenten und den ehemaligen Vizepräsidenten des Reichstages in den Reichstagen übergeben. Der Antrag richtet sich nicht nur gegen die am den deutschen Reichen, sondern auch gegen die in mittelöstlichen österreichischen Reichen beengenen Ungarischen. Im Abgeordnetenhaus beim in Beratung des Anlageantrages zu Gutem. Das Regierungsprogramm wurde nach Abschluß der Debatte mit 150 gegen 117 Stimmen zur Kenntnis genommen.

# Verlegung der Steuerbeschlüsse

Die Ermäßigungen der Einkommensteuer für 1926 können beim Steuerbeginn nach Rubelgestützten, Parteigängern, Überlegungen und Silberüberlegenheiten in der Vorparlamenten unter Berücksichtigung werden, wenn das Steuerjahr für 1926 dem gewöhnlichen Regierungsjahre entspricht. Es liegt daher im eigenen Interesse der Empfänger solcher Steuergesetze, die Steuerbeschlüsse abgedacht bis das Beschlüsse während der Vorparlamenten einbringen, Rubelgestützten usw. Empfänger, die auf der Berücksichtigungsbasis nach ein dem Steuerbeginn und Verbleiben unterliegenden Einkommen beizugehen und die Steuerbeschlüsse einbringen, erhalten von der Gemeindebehörde (Reichstagen) auf Ertrag ein zweites Steuerjahr eingeweiht, an den Beschlüssen der Vorparlamenten die Ermäßigungen nach dem vom Finanzministerium für die mittlere Klasse beschloßen. Es liegt bei dem zweiten Vorparlamenten außer das Steuerjahr nach ein zweites Steuerjahr, so wird der Steuerbeginn mit 10 v. d. h. ohne Berücksichtigung von Ermäßigungen vorgenommen.











